

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Heinz Westphal MdB zum
Wahlausgang in Israel: Ein
hoher Preis an Rückschritt.
Seite 1

Dr. Marliese Dobberthian zu
der von der Bundesregierung
geplanten Verlängerung der
Ladenschlußzeiten: Noch grö-
ßere Probleme für die Verkäu-
ferinnen.
Seite 2

Wolfgang Zeisig zur Notwen-
digkeit einer europäischen
Flüchtlings- und Asylkonzep-
tion: Artikel 16 GG muß er-
halten bleiben.
Seite 3

Günter Oesinghaus MdB zur
Politik von Dr. Stoltenberg:
Indirekte Steuern um mehr als
17 Milliarden erhöht.
Seite 4

Dokumentation:

Die Deutsche Vereinigung für
Politische Bildung e.V. und die
Friedrich-Ebert-Stiftung veran-
stalteten am Wochenende eine
Tagung zum Thema „Streit-
kultur als Friedenspolitik“.
Wir dokumentieren die Ein-
gangs-Thesen von Rolf Wern-
stedt MdL.
Seite 5

43. Jahrgang / 210

2. November 1988

Ein hoher Preis an Rückschritt

Zum Wahlausgang in Israel

Von Heinz Westphal MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Wer die wohl überall, also auch in Israel geltende Erfahrung be-
dacht hatte, daß terroristische Anschläge bisher noch unentschlos-
sene Wähler nach rechts treiben, konnte nicht überrascht sein von
den für die Labour Party enttäuschend ausgegangenen Parlaments-
wahlen in Israel.

Zwei schlimme Terrorakte mit Toten, zu denen eine Mutter mit
ihren Kindern gehörte, beide in den Tagen direkt vor der Wahl,
das mußte - über die nun schon seit fast einem Jahr andauernden
Auseinandersetzungen zwischen Steine werfenden palästinensi-
schen Jugendlichen und den die Polizei-Aufgaben wahrnehmen-
den, fast ebenso jungen israelischen Soldaten - Folgen haben, die
sich in einer Stärkung rechtsgerichteter Parteien ausdrückt.

Da aber beide große Parteien, also nicht nur die Labour Party
(und ihr früherer linker Listen-Partner Mapam), sondern auch der
rechtskonservative Likud etwa gleich viele Mandate verloren, müs-
sen die Zuwächse weiter rechts gesucht werden. Zur Überraschung
vieler wurden nicht so sehr die Splittergruppen rechts außen, son-
dern die drei orthodoxen religiösen Parteien die Nutznießer dieses
Vorgangs.

Sie werden für einen hohen Preis an Minister-Sitzen und - noch
problematischer - an gesellschaftlichem Rückschritt dem Likud-
Führer Shamir wieder ins Amt des Premierministers helfen, der
dann mit einer hauchdünnen Mehrheit in der Knesset keine große
Koalition mehr braucht. Ob diese Entwicklung dem so dringend
notwendigen Fortschritt des Friedensprozesses in Nah-Ost hilft,
muß bezweifelt werden. Aber Herr Shamir wird den Druck der
Amerikaner (und der Weltmeinung) zu spüren bekommen. Da ge-
nügt ein spätes Bekenntnis zu den Ergebnissen von Camp David
nicht, gegen die damals der Abgeordnete Shamir gestimmt hat.
(-/2.11.1988/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heuseallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichteter Umwelter
nach dem Bundesgesetz
Recycling-Papier



Noch größere Probleme für die Verkäuferinnen

Zu der von der Bundesregierung geplanten Verlängerung der Ladenschlußzeiten

Von Dr. Marliese Dobberthien

Leiterin der Leitstelle Gleichstellung der Frau der Freien und Hansestadt Hamburg

In Hamburg wird zur Zeit in jedem Quartal im gesamten Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg an einem Werktag die abendliche Ladenöffnung bis 21.00 Uhr gestattet. Für das letzte Quartal des Jahres sind jeweils zwei abendliche Öffnungen vorgesehen.

Im Bundestag wird zur Zeit der Gesetzentwurf der Bundesregierung über verlängerte Ladenöffnungszeiten beraten. Künftig sollen Verkaufsstellen jeden Donnerstag bis 21.00 Uhr geöffnet werden können.

Verlängerte Ladenöffnungszeiten können durchaus dem Bedürfnis berufstätiger Verbraucher/innen nach bequemeren Einkaufsmöglichkeiten nach Feierabend entgegenkommen. Doch darf nicht übersehen werden, daß mit verlängerten Ladenöffnungszeiten für die im Einzelhandel beschäftigten Arbeitnehmer/innen erhebliche Nachteile verbunden sind. Vor allem Frauen, die das Gros des Verkaufspersonals ausmachen, werden negative Folgen zu tragen haben.

Bereits heute haben Verkäuferinnen ungünstige Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen. Ihr Feierabend beginnt erheblich später, als es für die Mehrheit aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Regel ist. Samstagarbeit ist üblich, alle vier Wochen und vor Weihnachten sogar ganztägig. Solche Arbeitsbedingungen erschweren ohnehin die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und erlauben keine regelmäßigen freien Wochenenden mit der gesamten Familie.

Wenn die Arbeitszeiten im Einzelhandel noch weiter in den Abend verlagert werden, vergrößern sich die bereits heute für Frauen im Einzelhandel bestehenden Probleme der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Arbeitszeiten am Abend werden Verkäuferinnen mit Kleinkindern vor erhebliche neue Probleme stellen, die Kinderbetreuung sicherzustellen. Aber auch Mütter mit schulpflichtigen Kindern verlieren sowohl Zeit für gemeinsame Aktivitäten mit ihren Kindern als auch für die Betreuung von Hausaufgaben.

Gefahren drohen auch von der arbeitsrechtlichen Seite. Verlängerte Öffnungszeiten sind nicht ohne zusätzliches Personal zu gewährleisten. Wenige Wochenstunden verlängerter Öffnungszeiten reichen jedoch nicht aus, neue reguläre Vollarbeitsverhältnisse abzuschließen. Es wird vielmehr zur stundenweisen Beschäftigung kommen, zeitlich flexibel, sozialversicherungsrechtlich nicht oder nur ungenügend abgesichert. Solche Arbeitsverhältnisse sind bereits heute im Einzelhandel verbreitet und wegen ihrer mangelhaften Absicherung für männliche Arbeitnehmer unakzeptabel. Es werden überwiegend wieder Frauen sein, die in Ermangelung von Alternativen sich mit den weniger geschützten Arbeitsverhältnissen zufriedengeben müssen. Befriedigende tarifvertragliche und arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen sind bisher nicht vorhanden.

Verlängerte Öffnungszeiten am Donnerstag sind voraussichtlich nur der Beginn einer generellen Erweiterung der Ladenöffnungszeiten. Das muß im Interesse des Verkaufspersonals abgelehnt werden.

(-/2.11.1988/vd-he/rs)

Artikel 16 GG muß erhalten bleiben

Zur Notwendigkeit einer europäischen Flüchtlings- und Asylkonzeption

Von Wolfgang Zeisig
Referent der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in ihrem Antrag zum Flüchtlings- und Asylrecht, daß die Staaten der Europäischen Gemeinschaft eine gemeinsame Flüchtlings- und Asylpolitik in Zusammenarbeit mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen entwickeln. Eine solche gemeinsame Politik ist nicht zuletzt im Hinblick auf den schrittweisen Abbau der Grenzkontrollen in Europa notwendig.

Die SPD hält am Grundrecht auf Asyl fest. Auch im Rahmen einer europäischen Flüchtlings- und Asylkonzeption darf auf dieses Grundrecht nicht verzichtet werden, wie Zimmermann, Späth und andere CDU/CSU-Politiker fordern. Dafür gibt es mehrere Gründe:

Auch gegenüber unseren europäischen Nachbarn können und müssen wir auf die besondere Bedeutung dieses Grundrechts für die Bundesrepublik Deutschland hinweisen. Artikel 16 GG ist ein wichtiges Symbol für den Neuanfang nach der Zeit der Nazi Herrschaft. Aus dem Verfolgerstaat sollte ein Zufluchtsstaat werden. Uneingeschränkt sollte das Asyl für alle politisch Verfolgten gelten. In den Debatten des Parlamentarischen Rates wurden verschiedene Einschränkungsmöglichkeiten diskutiert, sämtlich jedoch verworfen, nicht zuletzt wegen der Erfahrungen, die Mitglieder des Parlamentarischen Rates selbst als Flüchtlinge gemacht hatten.

Andererseits sind auch keine Gründe ersichtlich, die eine Grundgesetzänderung zur Abschaffung oder Einschränkung des Grundrechts auf Asyl notwendig machen könnten. Notwendig ist allerdings, daß die Aufnahmeverfahren effektiver gestaltet, insbesondere schneller abgewickelt werden. Dazu müssen aber weder der Anspruch auf Asyl noch das Rechtsstaatsgebot des Grundgesetzes über Bord geworfen werden, wenn nur der politische Wille vorhanden ist. Dieser fehlt der Bundesregierung allerdings.

Eine Grundgesetzänderung hätte zudem - wenn sie zustande käme - für ein künftiges Gemeinschaftsrecht der EG-Staaten eine schädliche Signalwirkung.

Im übrigen wissen auch die Befürworter einer Grundgesetzänderung, daß sie das Grundrecht auf Asyl nicht abschaffen können, weil die dafür notwendigen Zweidrittelmehrheiten fehlen. Lothar Späth hat dies erst vor kurzem ausdrücklich zugestanden. Wenn er dessen ungeachtet ankündigt, noch in diesem Jahr eine Gesetzesinitiative auf den Weg zu bringen, so liegt der Verdacht nahe, daß er damit ausschließlich Emotionen schüren will. Dasselbe gilt, wenn er zum Beispiel die Bundesrepublik als „Verwahrnastat für Wirtschaftsasylanten“ bezeichnet. Diese Sprache läßt jeden Willen zur Objektivität und menschengerechten Behandlung des Asylthemas vermissen. Nach wie vor sind sehr viele Flüchtlinge, die keinen Asylanspruch nach Artikel 16 GG haben, Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention oder sie sind in ihren Heimatstaaten in ihrer Menschenwürde und in ihren Menschenrechten bedroht, so daß eine Abschiebung unterbleibt. Auch diese Flüchtlinge sind auf unsere Hilfe angewiesen.

Derartige emotionalisierte Debatten zur Asylpolitik, die geeignet sind, Ausländerfeindlichkeit zu fördern, hat die CDU/CSU schon mehrfach aus Wahlkampfgründen betrieben. Es ist zu hoffen, daß Gegenkräfte, die auch in den Reihen der CDU/CSU zu finden sind, eine Wiederholung dieser Debatten diesmal verhindern.

Mit ihrem Antrag hat die SPD-Bundestagsfraktion Vorschläge für eine Europäische Flüchtlings- und Asylkonzeption, ferner Vorschläge zur Beschleunigung der Asylverfahren, zur Entlastung des Bundesamtes sowie zur Behandlung der Ostblockflüchtlinge und der sogenannten De-facto-Flüchtlinge vorgelegt. Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen sind aufgefordert, sich mit dem Konzept der SPD-Bundestagsfraktion sachlich auseinanderzusetzen.

(-/2.11.1988/vo-he/rs)

Indirekte Steuern um mehr als 17 Milliarden DM erhöht

Anmerkungen zur Politik von Dr. Stoltenberg

Von Günter Oesinghaus MdB

Die Unionspolitiker versuchen immer wieder, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als ob Erhöhungen von indirekten Steuern bisher nur während der sozialliberalen Koalition stattgefunden haben. Dies ist ein schlichtes Ablenkungsmanöver. Das Bundesfinanzministerium hat auf meine Anfrage die Erhöhungen der indirekten Steuern seit 1965 aufgelistet.

Aus Der Auflistung ist zu ersehen, daß die indirekten Steuern (Verbrauchssteuern und Mehrwertsteuer)

- während der Amtszeit des CSU-Bundesfinanzministers Dr. Strauß in drei Jahren von 1966 bis 1969 um 4,285 Milliarden DM erhöht wurden;
- während der Amtszeit des CDU-Bundesfinanzministers Dr. Stoltenberg in sieben Jahren von 1983 bis 1990 um 17,110 DM erhöht wurden;
- dabei in der Form der Mehrwertsteuererhöhung um je ein v.H.-Punkt von Finanzminister Dr. Strauß (1967) und von Finanzminister Dr. Stoltenberg (1983) angehoben wurden;

also in zehn Jahren Amtszeit von CDU/CSU-Politikern als Bundesfinanzminister um insgesamt 21,395 Milliarden DM erhöht werden.

Zum Vergleich: Während der 13jährigen Amtszeit von sozialdemokratischen Bundesfinanzministern wurden - auch das geht aus der BMF-Ubersicht hervor - die indirekten Steuern um 25,638 Milliarden DM erhöht.

Fazit:

Von den rund 47 Milliarden DM Erhöhungen bei den indirekten Steuern im Zeitraum 1966 bis 1990 entfielen rund 46 v.H. in die Amtszeit der Bundesfinanzminister Dr. Strauß und Dr. Stoltenberg. Die indirekten Steuern wurden während der Amtszeit von CDU/CSU-Finanzministern im Jahresdurchschnitt mit rund 214 Milliarden DM stärker erhöht als unter sozialdemokratischen Bundesfinanzministern (1,97 Milliarden DM).

(-/2.11.1988/vo-he/rs)

DOKUMENTATION

Streitkultur als Friedenspolitik

Die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e.V./Landesgruppe Niedersachsen und die Friedrich-Ebert-Stiftung veranstalteten am Wochenende in Hannover eine Tagung zum Thema „Streitkultur als Friedenspolitik“. Wir dokumentieren die Thesen, die der SPD-Landtagsabgeordnete Rolf Wernstedt (Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung), dabei vortrug.

Jede Tagung und jedes Thema bedürfen einer besonderen Begründung. Diese Tagung hat es offenbar ganz besonders nötig. Die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung Niedersachsen haben Sie eingeladen zu einer Veranstaltung, die nur auf den ersten Blick hin eine parteiliche Angelegenheit zwischen SPD und SED ist. Das Papier, das am 27. August 1987 von der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED mit Billigung der Parteiführungen - ohne förmliche Beschlußfassung über den Inhalt - herausgegeben wurde, trägt den Titel: „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“.

Gemeint sind weder nur Parteideologien, noch geht es um die Sicherheit der Parteien. Zur Diskussion stehen philosophisch-politische Grundauffassungen des Marxismus/Leninismus einerseits und der Wertezusammenhang des demokratischen Sozialismus vor dem Hintergrund der parlamentarisch verfaßten westlichen Demokratie andererseits. Und beides wiederum vor dem Szenario der atomaren, chemischen, bakteriologischen und konventionellen Hochrüstung in Deutschland, die jedermanns Sicherheit bedroht. Die Brisanz dieses Themas liegt in mehreren Dimensionen und ist daher für alle in den Bildungseinrichtungen Tätigen, für alle in der Politik, Wissenschaft und Publizistik Arbeitenden von Interesse.

Erste Dimension: die historische

Sozialdemokraten und Kommunisten leben seit 1918/19, und das heißt seit 70 Jahren, in erbittertem feindseligen Streit. Erinnerungen auf beiden Seiten rufen sofort auch Beispiele von grausamen Straßenschlachten, tödlichen ideologischen Klein- und Großkriegen wach. Das Ende der Weimarer Republik und die Heraufkunft der Nazis hat auch zu tun mit dem unversöhnlichen Haß zwischen den Arbeiterparteien.

Die Entstehung der SED im Jahre 1946 in der damaligen sowjetischen Besatzungszone gehört mit zu den historisch noch nicht aufgearbeiteten Hypothesen im beiderseitigen Verhältnis. Nach ersten tastenden Versuchen 1966 und den allerdings auf staatlicher Ebene ausgehandelten vertraglichen Regelungen durch den Grundlagenvertrag und die Ostpolitik der Regierung Brandt-Scheel und seiner Folgen ist nunmehr zwischen den Parteien ein Diskussionspapier entstanden, an dem auch historische Fragestellungen neu diskutierbar werden. In diesem Sinne ist das Papier selbst historisch.

Zweite Dimension: die nationale

Auch dann, wenn man von der langfristigen Existenz der beiden deutschen Staaten als Folge des Zweiten Weltkrieges ausgeht, bleiben aufgrund der Geschichte, der Kultur und der millionenfachen persönlichen Beziehungen besondere Bindungen bestehen, die für die Politik und die Privatpersonen eine erhöhte Verantwortung verlangen. Dazu gehört beispielsweise auch die Bemühung um eine Geschichtsauffassung, die die letzte gemeinsame deutsche Erfahrung und Erinnerung, die Naziherrschaft und den Zweiten Weltkrieg nicht ausspart. Ohne sich aber auch intellektuell und methodisch seriös auf die jeweilige Sichtweise der anderen einzulassen, wird es beim verbotenen Schlagabtausch bleiben. Die Verantwortung für den Frieden in Mitteleuropa ist für die beiden deutschen Staaten auch

eine nationale Aufgabe, nachdem der Nationalismus in Deutschland in der Folge der Naziideologie und seiner Politik ausgebrannt ist.

Dritte Dimension: die ideologische

Das SED/SPD-Papier geht nicht davon aus, daß die eine oder andere Seite ihre grundsätzlichen Positionen aufgibt. Es enthält aber den Versuch, die Sprengköpfe der Ideologien und Weltanschauungen zu entschärfen. Sie sind damit noch nicht vernichtet, aber beiseitegelegt. Der DDR-Kultusminister Hoffmann hat in diesem Sinne vor wenigen Wochen von einer „völlig neuen Situation der geistigen Auseinandersetzung gesprochen, wenn für den Westen der Antikommunismus und der Anti-Sowjetismus keine Waffe mehr sein kann und für uns der Anti-Kapitalismus nicht mehr“.

Das Magdeburger Polit-Kabarett „Die Kugelblitze“ hat dies vor wenigen Tagen zugespitzt so formuliert: „Es ist eine ganz schön schwindelige Vorstellung, wenn der Sozialismus nur dann eine Zukunft hat, wenn der Kapitalismus auch eine hat.“ Der Anspruch dieses Papiers erfordert eine neue Qualität in der Themenwahl der deutsch-deutschen Gespräche: zwischen den Parteien, in den Familien und auch innerhalb der beiden Staaten.

Die vierte Dimension: die politisch-praktische

Das Papier schärft den Blick dafür, worüber es sich lohnt, zu Vereinbarungen und Gesprächen zu kommen und woran man sinnvollerweise keine überhöhten Anforderungen stellt. Die drei wichtigen, lebenserhaltenden Themen, nämlich Sicherung des Friedens, Schutz der Umwelt und Verhältnis zur Dritten Welt halten so viele Aufgaben für jeden bereit, daß die alten Klagelieder über Konsumprobleme vielleicht auf ihre Bedeutung relativiert werden.

Die fünfte Dimension: die politisch-bildende

Alle Menschen, die der politischen Bildung in der Bundesrepublik verpflichtet sind, müssen sich an den Maßstäben dieses Papiers, ihrer Art der Konfliktregelung und den Folgen für den Umgang der Menschen mit politisch-brisanten Themen messen lassen. Dieses Papier erhebt den Anspruch, einen Beitrag zur Streitkultur leisten zu können. Dies ist mehr als der Versuch einer oberflächlichen Kenntnisvermittlung. Es würde Haltungen erfordern im Umgang mit Problemen. Und friedliche Haltungen zueinander sind in Deutschlands Geschichte immer Mangelware gewesen.

Die sechste Dimension: die innerparteiliche in SED und SPD

In beiden Parteien ist der Umgang mit diesem Papier nicht selbstverständlich und leicht. In der SED gehört es inzwischen zu den Pflichtlektüren in Versammlungen und Kadenschulungen. In der SPD ist die Diskussion eher schleppend. Die langfristige Anlage dieses Papiers macht allerdings auch eine langsame Erarbeitung notwendig. In der Verarbeitung des Papiers durch die beiden Parteien wird übrigens schon viel vom Charakter beider Parteien deutlich. (-/2.11.1988/va-he/rs)

* * *